

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 28 (1987)
Heft: 16

Artikel: Blutende Wunde : Afghanistan im neunten Kriegsjahr
Autor: Baumgartner, Jacques
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094069>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Afghanistan im neunten Kriegsjahr

Blutende Wunde

Als eine «blutende Wunde» bezeichnete vor bald einem Jahr der sowjetische Parteichef, Michail Gorbatschow, den Afghanistan-Krieg. Er schien damals einzugestehen, dass die Invasion 1979 ein Fehler war. Nach einer Ende Oktober in Moskau durchgeführten anonymen Umfrage sprach sich offenbar mehr als die Hälfte der befragten sowjetischen Bürger für einen sofortigen, vollständigen Abzug der Soldaten aus. Westliche Schätzungen gehen von 120 000 sowjetischen Soldaten in Afghanistan selbst aus. Nochmals 100 000 dürften auf heimatlichem Boden in der Sowjetunion direkt mit dem Krieg im einst unabhängigen und blockfreien Nachbarland «beschäftigt» sein.

Am 27. Dezember dauert der Afghanistan-Krieg schon acht Jahre. Real dürfte er auch ins neunte Jahr gehen. In der Dauer überboten wird der Afghanistan-Krieg vom kubanisch-sowjetischen Krieg in Angola gegen die Widerstandsbewegung der Nationalen Union für die völlige Unabhängigkeit Angolas (Unita). Die-

ses «internationalistische Engagement» ist schon zwölf Jahre blutige Wirklichkeit.

Exklusive Erkenntnis

Die erwähnte Umfrage beziehungsweise Erkenntnis blieb exklusiv den ausländischen Medien vorbehalten. Das hatte und verfolgte einen bestimmten Zweck. Das Umfrageresultat, das nicht angezweifelt sei, wurde erst Tage vor der Afghanistan-Debatte der Vereinten Nationen (UNO) in New York publik gemacht. Handelte es sich bei der Umfrage etwa um eine Kreml-Kampagne mit dem versteckten Ziel, das Abstimmungsergebnis in der UNO-Generalversammlung im günstigen Sinne zu beeinflussen? Dieser Verdacht drängt sich auf. Parallel zur fürs Ausland bestimmten Umfrage parlierte der sowjetische Aussenminister Edward Schewardnadse hinter den Kulissen des Kremls intensiv mit ausländischen Gästen (auch aus neutralen Staaten wie der Schweiz) über die «blutende Wunde» und den sowjetischen Wunsch, sich «bald» aus Afghanistan zurückzuziehen.



Der Kommandant der Mujahedin der Region Panjirtal, Ahmad Shat Massud, im Kreis von Partisanen. (Aufnahme: Ph. Frick)

Ungeachtet dieser Manöver votierte die UNO-Generalversammlung am 10. November mit der Rekordstimmzahl von 123 für den «sofortigen Abzug der ausländischen Truppen» aus Afghanistan und forderte das Selbstbestimmungsrecht für das afghanische Volk.

Die Zahl der Ja-Stimmen ist die höchste, die je gegen die Sowjetunion abgegeben wurde, seit sich die UNO im Januar 1980 erstmals mit dem Einmarsch der Sowjets in Afghanistan beschäftigte. In der Afghanistan-Debatte nannte der chinesische UNO-Delegierte – unter anderen – das Argument des sowjetischen Vertreters eine «absurde Logik», die sowjetischen Soldaten ständen in Afghanistan wegen des «unerklärten Kriegs» der USA.

Läuft nicht wie gedacht

Der Rückzug stellt Moskau vor zwei Probleme. Zögen sich die sowjetischen Soldaten über die Grenze zurück, so könnte der Kreml das Weiterbestehen einer prosowjetischen Regierung in Kabul wahrscheinlich nicht mehr sicherstellen. Das bedeutete einen echten Gesichtverlust für die Sowjetunion. So sucht Moskau nach Möglichkeiten, auf dem Verhandlungswege ein sowjet-loyales afghanisches Regime zu etablieren. Dann könnten die Truppen ohne Gesichtverlust heimgeholt werden.

Auf diesen Überlegungen beruhen die «Mechanismen der nationalen Versöhnung» (laut der sowjetischen Nachrichtenagentur Tass) des afghanischen Partei- und Staatschefs Nadschibullah. «Aber leider», wie sich Nadschibullah nach Tass geäußert haben soll, «läuft nicht alles so, wie wir gedacht haben.» Seine «Mechanismen» hatte der Chef der afghanischen «Volksdemokratischen Partei» (Kommunistische Partei) zu Jahresanfang 1987 mit einem einseitigen Waffenstillstand ins Spiel gebracht. Sie griffen nicht, das heisst, der Waffenstillstand war von Anfang an wirkungslos. Die Friedensoffensive von Nadschibullah kam bei den Mujahedin genannten Widerstandskämpfern nicht an, fruchtete auch nicht bei den fünf Millionen afghanischen Flüchtlingen in Pakistan, und zwar weil das Regime in Kabul sowohl politisch wie militärisch völlig vom Kreml abhängig ist.

An Heftigkeit stellten 1987 die sowjetischen Offensiven gegen die Mujahedin jene vorangegangener Jahre in den Schatten. Davon zeugt auch der nicht abebbende Flüchtlingsstrom. Durchschnittlich fünftausend Afghanen flüchteten und flüchten monatlich nach Pakistan. In Afghanistan sind ständig etwa eine Million Menschen auf der inneren Flucht.

Abzug mit Einschränkungen

Im März und im September fanden in Genf unter UNO-Schirmherrschaft indirekte Gespräche zwischen Afghanistan und Pakistan statt. Indirekte, weil Islamabad vermeiden möchte, dass eine unmittelbare Begegnung als Anerkennung des Regimes in Kabul ausgelegt wird. Die

Stinger und Stinger

Seit etwa einem Jahr liefern die Vereinigten Staaten den afghanischen Widerstandskämpfern auch Luftabwehrraketen vom Typ Stinger. Diese Einmannrakete wird von der Schulter abgefeuert. Seit sie in Afghanistan im Einsatz ist, sticht die Stinger.

Die Mujahedin «holen» durchschnittlich ein sowjetisches Flugzeug pro Tag vom Himmel.

Nun scheint es, dass einige Stingers «abhanden» gekommen, das heisst in den Besitz der Iraner geraten sind. Das amerikanische Verteidigungsministerium (Pentagon) zeigt sich darüber gelassen. Stinger-Raketen wurden auch an befreundete arabische Golfstaaten geliefert. Über kurz oder lang, eher kurz, musste das Pentagon damit rechnen, dass die Raketen auch in «unfreundliche» Hände fallen würden. In Washington ist «man» sich nahezu sicher, dass die Sowjets die Stinger bereits kopiert haben. Kopien sollen die Syrier erhalten haben.

Die amerikanische Gelassenheit rührt offenbar daher, dass es sich bei den «afghanischen» Stingers um alte, überholte Modelle handelt. Für jede «exportierte» Stinger erhält das Pentagon eine Rakete neuester Version. Die neuen Stingers sollen über eine programmierbare Elektronik verfügen, mit der Gegenmassnahmen des Gegners überspielt, das heisst abgewehrt werden können. Die neuen Stingers sind der amerikanischen Armee und «einigen» Verbündeten in der Atlantischen Allianz (Nato) vorbehalten...

Nadschibullah beherrscht sei, sei unannehmbar.

Am 14. Juli erklärte Nadschibullah, die Jahre des Kampfes hätten gezeigt, «dass eine militärische Lösung nicht möglich ist» (womit er die Pattsituation eingestand). Der einzige Weg vorwärts sei «nationale Versöhnung, Kompromiss und Koalition». Unter der neuen Verfassung werde Afghanistan «souverän, neutral und blockfrei» sein. In der künftigen «kreativen Koalitionsregierung» sollen Nichtkommunisten vierzehn – nicht näher bezeichnete – Ministerposten bekleiden. Hingegen behält die «Volksdemokratische Partei» nach wie vor das Amt des Präsidenten, Regierungs- und Geheimdienstchefs sowie Verteidigungsministers inne.

Verfassung mit Fussangeln

Nach der neuen Verfassung wird der Präsident auf sieben Jahre gewählt. Er ernennt den Regierungschef, den Justizminister, den Obersten Richter und die Mitglieder des Obersten Gerichts. Mit seinem Veto kann der Präsident die Entscheidungen des Parlaments blockieren. Nur mit Zweidrittelmehrheit kann sein Einspruch überstimmt werden.

Offenbar aus Mangel an Kollaborateuren kreierte derzeit Kabul selbst «Parteien religiöser Führer». Wahrscheinlich wird Nadschibullah noch vor dem 27. April 1988, dem zehnten Jahrestag des Blutputsches der kommunistischen Machtergreifung, seine «kreative Regierungs-koalition» auf die Beine gestellt haben und der «Weltöffentlichkeit» präsentieren...

Die neue afghanische Verfassung ist nahezu eine Kopie der sowjetischen. Die afghanische Nationalversammlung entspricht dem Obersten Sowjet. Heisst es in der sowjetischen Verfassung, dass die Kommunistische Partei die «füh-

**SOI-Hilfsfonds
Afghanistan
PC 30-4474-8 Bern**

rende und leitende Kraft» der sowjetischen Gesellschaft, der «Kern» des politischen Systems ist, so ist in dieser Beziehung die afghanische recht vage: «Die Volksdemokratische Partei organisiert und hütet die Verwirklichung der nationalen Versöhnung... Die Volksdemokratische Partei ist die führende Kraft der afghanischen Gesellschaft.» Und Mitte Oktober präzierte Nadschibullah, dass «andere Parteien nur gebildet werden können, wenn sie nicht in Widerspruch zu den Gesetzen (das heisst zum Regime) stehen». In der Verfassung ist sodann festgehalten, dass neue Parteien «ausschliesslich auf nationaler Basis» gebildet werden können. In Artikel 7 heisst es unter anderem: «Parteien dürfen sich nicht auf Stämme stützen...» Im Klartext bedeutet dies, dass der Widerstand, der sich auf die Stämme stützt, keine politischen Parteien bilden darf.

Gemäss der Verfassung kämpft Afghanistan «für Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und sozialen Fortschritt» und «kämpft gegen Kolonialismus, Neokolonialismus, Imperialismus, Zionismus, Rassismus, Apartheid und Faschismus». Die Blockfreiheit ist mit keinem Wort erwähnt.

Die Mujahedin lehnen jegliche Koalition mit den «Marionetten Moskaus» ab... Die «blutende Wunde» wird auch im neunten Jahr nicht gestillt sein. *Jacques Baumgartner*

Gespräche verliefen ergebnislos. Haupthindernis ist der Fahrplan beziehungsweise der Zeitplan für einen sowjetischen Abzug. Sechzehn Monate hatte der afghanische Aussenminister Abdul Wakil bei den Septemerverhandlungen angeregt. Ursprünglich hatte Kabul auf vier Jahren bestanden. Pakistan besteht auf acht Monaten. Gennadi Gerassimow, der Sprecher des sowjetischen Aussenministeriums, meinte im November, er «hoffe, dass sich der Rückzug der sowjetischen Truppen in sieben bis zwölf Monaten verwirklichen lasse». Bei den Afghanistan-Gesprächen in Genf müsste «nur noch der genaue Zeitplan festgelegt werden». Gerasimow schränkte jedoch ein: «Das kann nur geschehen, wenn die Einmischung der Ausländer aufhört.» Damit ist vor allem die amerikanische Hilfe an die Mujahedin gemeint.

Ohne diese Unterstützung der Widerstandskämpfer spräche heute Moskau nicht von der Möglichkeit eines Rückzugs. Im vergangenen Monat sicherte der amerikanische Präsident Ronald Reagan dem Präsidenten der Islamischen Union der afghanischen Mujahedin, Scheich Maulawi Junis Khalis, weitere und verstärkte Hilfe der Vereinigten Staaten zu. Bei dieser Gelegenheit wiederholte Reagan, eine Übergangsregierung in Kabul, welche von

Bestellschein für ZEITBILD

Ich bestelle ein Jahresabonnement ZeitBild zu Fr. 48.—
(Ausland sFr. 53.—/DM 64.—). Erscheinungsweise alle zwei Wochen.

Name _____

Vorname _____

Strasse _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

Bitte einsenden an ZeitBild, Postfach, CH-3000 Bern 6